

# Deutschland verliert seine Bildungselite

## Immer mehr Akademiker verlassen das Land – Zuwanderer können das Defizit nicht ausgleichen

Von Freia Peters

BERLIN – Klaus Bade erklärt das Dilemma gern an dem Beispiel eines befreundeten Diplom-Ingenieurs. Als dieser Anfang der 90er-Jahre die Ukraine verließ und nach Deutschland kam, war er Anfang 40, im besten Erwerbsalter also, und hatte gerade ein hochkarätig besetztes Projekt zum Thema Kältetechnik geleitet. Doch sein Examen wurde in Deutschland nicht anerkannt. „Der Mann arbeitet heute als Taxifahrer“, sagt Bade, Migrationsforscher und Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Als der Ingenieur kürzlich in einer Fernsehsendung porträtiert wurde, rief der Leiter der deutschen Filiale eines internationalen Kältetechnikkonzerns an und bat mit den Worten „Den Mann brauchen wir, und zwar dringend!“ um seine Telefonnummer. Der so plötzlich Umworbene jedoch lehnte das Stellenangebot ab. Nachdem sein Mühen um eine seiner Qualifikation entsprechenden Arbeit in Deutschland jahrelang vergeblich war, hat er sich das aufgebaut, was Bade eine „Ersatzkarriere“ nennt: In seinem kleinen Taxiunternehmen beschäftigt er nun zwei Fahrer. Die will er nicht entlassen für eine Stelle, für die er sich mit Ende 50 erst noch ein, zwei Jahre qualifizie-

ren muss mit Inhalten, die er bereits kennt. „So etwas nennt man Verschleuderung von Humankapital“, sagt Professor Bade. „Wir sind dumm genug, hervorragend qualifizierte deutsche Abwanderer ziehen zu lassen und gleichzeitig qualifizierte Zuwanderer zu verprellen.“ Und weil sich herumgesprochen hat, wie viele Hürden Ärzte, Ingenieure, Lehrer oder Mathematiker überwinden müssen, machen hoch qualifizierte Fachkräfte oft einen Bogen um Deutschland – und gehen lieber nach Australien oder in die Schweiz, in die USA oder in jüngster Zeit auch nach Großbritannien.

Neun Wissenschaftler des SVR haben unter Bades Leitung untersucht, wie Abwanderung, Zuwanderung und Integration das Qualifikationsniveau der Erwerbsbevölkerung in Deutschland verändert. Das Fazit des jetzt vorgestellten Informationspapiers „Personalpolitische Potenziale der Firma Deutschland“ enthält ein lautes Alarmsignal. Jährlich wandern Zehntausende oft gut qualifizierte Deutsche im besten Erwerbsalter ab, nur ein Teil von ihnen kehrt zurück. Seit 2003 hat Deutschland fast 180 000 Staatsangehörige an andere OECD-Staaten abgegeben. Die Fortzüge sind in den vergangenen Jahren rasant gestiegen. Seit mehr als 15 Jahren übersteigt die Zahl der Abwanderer die der Rückkehrer. Die Zahl

der Zuwanderer aber sinkt.

Besonders auffällig ist die Entwicklung bei den Mediziner: Allein 2008 sind über 3000 vorwiegend in Deutschland ausgebildete Ärzte ins Ausland abgewandert. Bleibt ein Drittel von ihnen dauerhaft im Ausland, entgehen dem deutschen Staat etwa 1,1 Milliarden Euro. Er finanziert die Ausbildung, doch seine Steuern zahlt der Akademiker in einem anderen Land.

Das Grundproblem: Während diejenigen, die Deutschland verlassen, wesentlich besser qualifiziert sind als die durchschnittliche Erwerbsbevölkerung, liegt die Qualifikation der ausländischen Zuwanderer deutlich unter diesem Niveau. Deutschland gehört zu den OECD-Ländern mit den am niedrigsten qualifizierten Zuwanderern. Selbst bei der heranwachsenden neuen Elite der Einwanderungsbevölkerung zeichnet sich ein Trend zur Abwanderung ab. Nach einer Studie des Instituts „Futureorg“ erwägen 38 Prozent der Studierenden türkischer Herkunft nach Abschluss ihres Studiums in die Türkei abzuwandern. Gut Ausgebildete gehen, schlecht – oder gar nicht – Ausgebildete kommen. „So trägt Migration in Deutschland letztlich zur Dequalifizierung der Erwerbsbevölkerung bei“, sagt Bade – alarmierend für ein Land, das kaum

über Bodenschätze verfügt, sondern nur mit exzellenter Bildung international wettbewerbsfähig bleiben kann. Die alternde Bevölkerung und die geringe Geburtenrate in bildungsnahen Familien sollte durch qualifizierte Zuwanderer abgefedert werden, so die Hoffnung. Doch diese Feder scheint zu brechen; denn es sind zu wenige und überdies die falschen, die kommen.

„Dass die Politik hier nicht den Mut zu Veränderungen hat, liegt daran, dass wir Zuwanderung in der Vergangenheit immer nur als humanitäre Frage angesehen haben“, sagt Hilmar Schneider vom Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA). Die Folge sei, dass Ausländer als arme Schlucker wahrgenommen würden, die die Sozialkassen belasteten. Oft mache sich niemand ernsthaft die Mühe, ihre Qualifikation zu prüfen.

Dabei wurde in den vergangenen fünf Jahren so viel getan wie in den letzten 50 Jahren nicht. Die Politik scheint nach einer ausgiebigen Schlafphase endlich erwacht. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) spricht nun davon, dass Zuwanderung „immer auch eine Bereicherung“ sei, und auch die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU) propagiert jetzt die gezielte Förderung von Migrantinnen. Durch das 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz wurden die nahezu unüberwindbaren Hürden für hoch qualifizierte Zuwanderer zögerlich herab-

gesetzt. Das vom Arbeitgeber nachzuweisende Mindestgehalt in Höhe von 84 600 Euro wurde auf 64 800 Euro gesenkt. Ausländische Unternehmer erhielten ursprünglich nur dann eine Niederlassungserlaubnis, wenn sie mindestens 500 000 Euro investierten und zehn Arbeitsplätze schafften. Jetzt sind es „nur“ noch 250 000 Euro und fünf Arbeitsplätze.

„Es wurde unlängst viel investiert in Richtung Integrationsförderung“, sagt Bade. „Aber die Zugangssperren sind noch deutlich zu hoch. Es herrscht eine noch viel zu große Scheu, ein flexibles Punktesystem zu etablieren, sich die Einwanderer damit möglichst genau auszusuchen und Zuwanderung so bewusst zu steuern.“ Genau das aber wollten viele Politiker lange vermeiden – aus Angst vor Rassismus-Vorwürfen. Heute ist die Politik pragmatischer geworden. In den klassischen Einwanderungsländern wie Australien, Kanada und neuerdings auch in Großbritannien gibt es längst ein Punktesystem. Nur in Deutschland existiert die Angst vor einer Invasion – dabei ist Bade überzeugt, dass die Zuwanderung bei einem klaren Anforderungsprofil aus Sprache, Ausbildung und Alter, angeglichen an die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts, nicht steigen würde – sie würde nur in die gewünschte Richtung gesteuert.

So aber bleibt nur der Versuch, das Potenzial zu wecken, dass in den Kindern und Enkeln der Pio-

nierzuwanderer schlummert. Keine leichte Aufgabe in einem überregulierten System. Die Hertie-Stiftung etwa unterhält ein erfolgreiches Programm zur Förderung von begabten Kindern aus sozial schwachen Zuwandererfamilien. Unter anderem bekommen sie 100 Euro Bildungsgeld pro Monat, damit sie Bücher anschaffen und Sprachförderungsprogramme belegen können. Das System bewährte sich gut. Doch jetzt haben die Sozialämter mitbekommen, dass die Mehrzahl der geförderten Kinder aus Hartz-IV-Familien stammt – und fordert, das Geld solle auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden. „Es ist zum Haare raufen“, sagt Kuratoriumsmitglied Bade. „Wir müssen endlich begreifen, dass wir beides brauchen. Qualifikation im Inneren und Zuwanderung von außen.“

Der Migrationsforscher spricht sich für einen Umbau des Bildungssystems aus, um die Vererbung sozialer Startnachteile zu beenden und dafür endlich einen Willkommensgruß nach außen zu senden, anstatt nur griesgrämig den errichteten Stacheldrahtverhau abzubauen. Man müsse Werbung im Ausland für Deutschland machen, wie es die Amerikaner tun, die an elitären deutschen Ausbildungsinstituten mit Greencards winken und wie Angler die „big fishes“ herausziehen. Schließlich habe Deutschland seinen miserablen Ruf unter qualifizierten Ausländern nicht verdient. „Wir stellen uns zu schlecht dar“, sagt Bade. „Wie ein schmutziges Auto, das ständig mit einer verdreckten Karosserie herumfährt. Das muss doch nicht sein.“